

Politischer Kurzbericht

‘Fortschrittsattest’ der EU für Rumänien -- aber kein Blankotestat für funktionierende Marktwirtschaft

von

Dr. Günter W. Dill/Maria Vasiu

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bukarest, 11. Oktober 2004

Am 6. Oktober hat die EU-Kommission den ‚Fortschrittsbericht 2004‘ für Rumänien vorgelegt, der dem Land beträchtliche Fortschritte bescheinigt im Hinblick auf die Konsolidierung seiner Institutionen, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Achtung von Menschenrechten und des Minderheitenschutzes. In Würdigung der Ergebnisse der letzten 12 Monate kommt die Kommission zu dem Schluss, dass Rumänien das Kriterium erfüllt, eine funktionierende Marktwirtschaft zu sein. Nachdrückliche Implementierung des Programms struktureller Reformen sollte Rumänien in die Lage versetzen, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften der Union standhalten zu können. Der mit Spannung erwartete Kommissions-Bericht ist in der rumänischen Öffentlichkeit auf ein unterschiedliches Echo gestoßen.

In der allgemeinen Diagnose des Erweiterungsprozesses sind die Befunde der Kommission unzweideutig:

1) Die Erweiterung bewirkt

- Stärkung des Friedens
- Förderung von Prosperität,
- Stabilität
- Frieden sowie
- ‚substanziellen ökonomischen Gewinn‘ für die Mitglieder.

2) Rumänien (wie auch Bulgarien) ist integraler Bestandteil des Erweiterungs-Prozesses; Ziel ist die Aufnahme in die EU 2007 – sofern das Land dafür reif ist

3) Der Fortschrittsreport 2004 bilanziert Resultate und noch zu überwindende Defizite für die abgelaufenen 12 Monate. Im Hinblick auf die 1993 in Kopenhagen formulierten politischen Beitrittskriterien wird Rumänien Erfüllung bestätigt, gleichzeitig aber noch zwingend notwendige Reformen gefordert, insbesondere in den heiklen Bereichen

- Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit der Justiz
- Korruptionsbekämpfung
- Medienfreiheit
- sowie Reform der öffentlichen Verwaltung

4) Im Rahmen der Vorbereitungsstrategie für den EU-Beitritt wird Rumänien beachtliche Hilfe der EU zuteil, allein für 2004 ein Betrag von 825 Mio EURO, was 1,4% des BIP (oder 5,25% der Haushaltseinnahmen oder 38% der öffentlichen Investitionsaufwendungen) entspricht. Dabei decken beispielsweise die PHARE-Programme eine breite Palette von Einsatzfeldern ab: von der Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Grenzsicherung über Maßnahmen der Leistungssteigerung der öffentlichen Verwaltung bis zur Unterstützung von start-up-Unternehmen, insbesondere im Bereich der KMU.

Geht man in der Analyse des Reports 2004 etwas mehr in die Einzelheiten, dann werden doch einige Einschränkungen an der überwiegend positiven Einschätzung der Kommission notwendig.

Nehmen wir die Frage der *Rechtsstaatlichkeit* und werfen einen kritischen Blick auf die Praxis von Exekutive (z.B. Regieren auf dem Verordnungswege) und Legislative, dann werden die Mängel handgreiflich.

Gegenüber dem Regieren mit Verordnungen erhebt der Bericht selbst massive Einwände und beklagt

- die Verringerung der Transparenz der Gesetzgebungsprozesse,
- die Beschränkung der Möglichkeiten, Gesetzesvorhaben –wie es normal sein sollte- ordentlich zu beraten etc.

– all das habe zu einer ‚Situation legislativer Instabilität‘ beigetragen, heißt es dazu – in dezenter Umschreibung – im Report 2004.

Aber auch die Gesetzgebungsverfahren generell werden kritisiert, insbesondere im Hinblick auf handwerkliche Schwächen; Gesetze würden oft überhastet vorbereitet, ohne ausreichende Beurteilung von Anwendbarkeit, Wirkung und budgetären Konsequenzen – eine Ohrfeige für Parlament und Regierung!

Großen Raum nimmt im Bericht das Thema *Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit der Justiz* ein. Aus dem langen Problemkatalog sind besonders hervorzuheben

- die Überlastung der Richter durch die Vielzahl der zu bearbeitenden Fälle,
- die gravierenden Defizite in Ausbildung und Vorbereitung auf die Gerichtspraxis,
- die schlechte technische Ausstattung und
- besonders die politische Einmischung von „oben“

In Bezug auf die *Korruptionsbekämpfung* schwankt der Report zwischen Anerkennung der bisherigen Gesetzgebung und der nachdrücklichen Anmahnung rigoroser Anwendung. Selbst der Leiter der EU-Delegation in Rumänien, Jonathan Scheele, hat der offiziellen Antikorruptionsbehörde Ineffizienz bescheinigt, weil sie sich viel zu sehr um die „kleinen“ Fälle kümmere, die „großen Fische“ aber meist unbehelligt bleiben.

Auch im Hinblick auf die *Achtung der Menschenrechte und den Minderheitenschutz* wird einerseits die positive Entwicklung der Gesetzgebung herausgestellt, gleichzeitig aber

auch wieder auf Misshandlungen bei Polizei, Gefängnissen und psychiatrischen Krankenhäusern aufmerksam gemacht, wobei Gewaltanwendung am ehesten gegenüber benachteiligten Gruppen wie den Roma zu konstatieren war. Lapidar konstatiert der Bericht u.a. auch: ‚Rumänien bleibt ein Land des *Ursprungs, des Transits und des Ziels von Opfern von Menschenhandel*‘ (S. 23)

Die Behandlung von Untersuchungshäftlingen, die Situation in den überfüllten Gefängnissen und die Mängel bei der Gewährung von Rechtsbeistand in Strafverfahren sind weitere Kritikpunkte des Reports und gewiss keine vertrauenserweckende Schilderung rechtsstaatlicher Zustände.

Ausführlich widmet sich der Bericht auch den vielfältigen Aspekten der Bedrohung der *Meinungs- und Medienfreiheit* in Rumänien. Neben strukturellen Problemen haben unabhängige Studien gezeigt, dass die Tätigkeit von Journalisten insbesondere durch finanziellen Druck der Geschäftsleitung in einer Weise beeinflusst werden kann, die leicht zur Selbstzensur führt.

Ein ähnlich negativer Einfluss wird auch in der hohen Verschuldung unterschiedlichster Medienunternehmen gegenüber dem Staat gesehen. Fest steht, dass die TV-Sender unter diesen Umständen kaum regierungskritisch sind und sich vielmehr mit ‚Hofberichterstattung‘ bescheiden.

Die Situation der rumänischen *öffentlichen Verwaltung* wird im Bericht gekennzeichnet durch

- zweifelhafte Verfahren,
- mangelnde Professionalität,
- nicht aufgabengerechte Entlohnung sowie
- insgesamt schwaches Management des Faktors Personal.

Vor diesem Hintergrund haben Reformen auf diesem Sektor höchste Priorität.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Spiegel des Reports

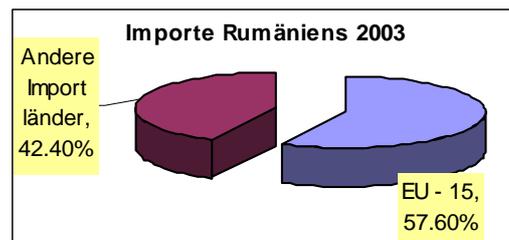
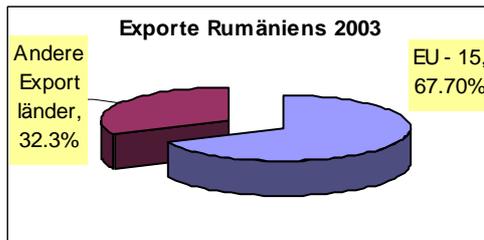
1993 in Kopenhagen hatte der Europäische Rat für die Mitgliedschaft in der Union zur Bedingung gemacht:

- das Vorhandensein einer funktionierenden Marktwirtschaft
- die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und Marktkräften der Union gewachsen zu sein

Die *Bilanz der makroökonomischen Performanz Rumäniens* als eines Spätstarters (bezogen auf die Reformprozesse) seit 1997:

- Eine zunehmend erfolgreiche Stabilisierung hat zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung beigetragen;

- seit Mitte 2000 zeigen die Strukturreformen Wirkung, auch bei Marktöffnung und Wettbewerb;
- derzeit ist ein robustes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, im 1. Halbjahr 2004 gestützt auf starken Konsum privater Haushalte, hohes Investitionswachstum und verbesserte Exportperformanz;
- Inflation hat spürbar abgenommen und könnte in diesem Jahr unter 10% liegen;
- die Arbeitslosenquote ist stabil bei rund 6%.



Quelle: Fortschrittbericht der Europäischen Kommission 2004

Kritisch sieht der Report folgende Trends:

- Lohndruck als Gefährdungspotential, weil die Lohnentwicklung häufig nicht im Einklang mit der Produktivitätsentwicklung steht;
- ungenügende Finanzdisziplin im staatlichen Unternehmensbereich;
- mangelhafte Arbeitsmarktflexibilität;
- trotz weitgehend liberalisierter Preise bleibt die schwache Zahlungsdisziplin bei Unternehmen, privaten Haushalten und öffentlichem Sektor sehr verbreitet

Erfreulich ist dagegen das Anwachsen des privaten Sektors, der immerhin 2003 einen Anteil von 69,1% der Gesamtwirtschaft erreicht hat.; Analoges gilt für die Beschäftigung im Privatsektor, die von 57% (1997) auf 76,3% (2003) aller Beschäftigten angewachsen ist.

Die Fortschritte im Bereich der Privatisierung sind dagegen eher schleppend und nicht immer transparent. Mitte 2004 waren noch immer 1187 Unternehmen in staatlicher Hand, davon nur etwa 550 zur Privatisierung geeignete Betriebe.

Immerhin kann der Report eine spürbare Verbesserung der Markteintrittsbedingungen feststellen, so dass eine dynamische Zunahme neuer Unternehmen zu verzeichnen ist. *Erfreulich ist insbesondere die Zunahme kleiner und mittlere Unternehmen.* Ihr Anteil an der gesamten rumänischen Wertschöpfung lag 2002 bei 56% und der Anteil der Beschäftigten wuchs von 33%(1997) auf über 50%(2002).

Auch ist insgesamt der Strukturwandel in Rumänien unübersehbar: allmählicher Rückgang der Landwirtschaft (13% Anteil an der Wertschöpfung, 34% Anteil an den Beschäftigten), starker Industriesektor (38% Wertschöpfung, 31% Beschäftigte), zunehmender Dienstleistungsanteil (49% Wertschöpfung, 35% Beschäftigte).

Fazit des Berichts: ‚Der legale Rahmen für eine Marktwirtschaft wurde gestärkt, aber ein besseres Geschäftsumfeld bleibt anhängig von Verbesserungen in den Bereichen Justiz und öffentliche Verwaltung‘(S.41)

Die Reaktionen der rumänischen Öffentlichkeit auf den Fortschrittsbericht

Nachdem schon wochenlang in den Medien darüber spekuliert wurde, ob Rumänien den Status einer funktionierenden Marktwirtschaft zuerkannt bekommt oder nicht, war die Reaktion auf die Veröffentlichung des Berichts vergleichsweise moderat.

Die Regierung, die sich in wenigen Wochen dem Wählervotum stellen muss, zeigte sich verständlicherweise zufrieden: Premierminister *Năstase* interpretierte die kritischen Passagen des Berichts als nützliche Hilfen für Rumäniens Beitrittsbemühungen. Insgesamt sei der Bericht eine Anerkennung der Erfolge und Fortschritte des Landes auf dem Weg in die EU.

Auch die Oppositionsparteien begrüßten die Entscheidung der EU – Kommission, Rumänien den Status einer funktionierenden Marktwirtschaft zuzuerkennen, zeigten sich aber überzeugt, dass dies nicht das Verdienst der aktuellen Regierung sei, sondern der Konzilianz der Partner im Westen zugeschrieben werden müsse.

In den Medien wird der Berichterstattung über den EU – Report breiter Raum gegeben. Von Euphorie ist nichts zu spüren, vielmehr überwiegen skeptische Urteile, was in manchen Schlagzeilen deutlich zutage tritt:

„Wir haben eine funktionierende Marktwirtschaft, aber wir halten der europäischen Konkurrenz nicht stand – eine Sicherheitsklausel kann unseren Beitritt um ein Jahr verspäten“ (Ziarul Financiar), „Marktwirtschaft second-hand“(Evenimentul Zilei), „Rumänien tritt der EU bei mit dem Damoklesschwert über dem Kopf“ (Curentul).

Die angesehene Tageszeitung „România Liberă“, die selbst zur Zeit wegen der Auseinandersetzung zwischen Redaktion und Geschäftsleitung große Aufmerksamkeit nationaler wie internationaler Beobachter genießt, bringt mit ihrem Titel: „Rumänien hat eine funktionierende Marktwirtschaft – Rumänien hat bei den politischen Kriterien Schritte rückwärts gemacht“ die ambivalente Bewertung auf den Punkt. Der Kommentator des Blattes weist daraufhin, dass der Bericht zeige, welche Zustände auch weiter herrschen. Es sei auch kein Zufall, dass die größten Probleme des Berichts um die Bereiche Meinungsfreiheit, Justiz und Korruption kreisen. Chefredakteur *Petre Mihai Băcanu* stellt in seinem Leitartikel die für ihn wichtigere Frage: „Funktionierende Demokratie?“

Renommiertere politische Analysten wie *Alexandru Lăzescu* haben versucht, deutlich zu machen, dass der Bericht großen Einfluss in der Öffentlichkeit gehabt hätte, wenn er im Ergebnis durchweg negativ ausgefallen wäre. In der vorliegenden Form wird er kaum Ansatzpunkte für parteipolitische Polemik im Wahlkampf liefern. Auch *Cristian Pîrvulescu*, Vorsitzender der „Asociația Pro Democrația“, kommt zu dem Schluss, dass der EU-Bericht so formuliert worden sei, dass er sich nicht für politische Manipulation

eigne, weder für die Regierungspartei, noch für die Oppositionsparteien. Auch bringe der EU-Fortschrittsbericht im Hinblick auf die kritischen Bereiche der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht viel neue Erkenntnisse.

Ziel der EU sei und bleibe es aber –so Pîrvulescu-, „Rumänien auf dem Weg in die EU zu unterstützen in der Einsicht, das das Land seine Probleme besser innerhalb der Union lösen könne als außerhalb.

Rumänien in Zahlen

Bevölkerung	21 734 000 Einwohner
BIP gesamt	504 000 Mill. Euro
BIP / Kopf	6 340 euro
Inflationsrate	15.3%
Budgetdefizit	-2.0%P von BIP
Außenschulden der gesamten Wirtschaft	23% von BIP
Exporte	15 614 Mill. Euro
Importe	21 201 Mill. Euro
Handelsbilanz	-5.587 Mill. Euro
Arbeitslosenrate	6.6%
Beschäftigungsrate Altersgruppe 25 - 64	57.6%

Quelle: Fortschrittbericht der Europäischen Kommission 2004